

Ein zerlegtes Ressort für 600.000 Kinder: Vier große Aufgaben warten auf Berlins neue Bildungsministerin

22.12.2021

Die frisch gebackene Sozialdemokratin Astrid-Sabine Busse muss alte Probleme lösen und bekommt ein neues hinzu: die Trennung von Schulbau und Digitalisierung.

Am Morgen danach ging es den Schulfachleuten dieser Stadt nicht besser: Anders als ein anständiger Kater wollte sich der Eindruck, dass da am Vortag bei der Vorstellung der neuen SPD-Spitze der Bildungsverwaltung etwas völlig schiefgelaufen war, nicht verziehen. Wen man auch am Dienstag fragte: Ungläubiges Staunen darüber, dass die komplizierten Aufgaben dieses Mammutressorts für bald 600.000 Kinder und Jugendliche durch den Zuschnitt der Staatssekretäre noch zusätzlich erschwert werden. Die Probleme der Reihe nach.

1. Schulbau und Digitalisierung voranbringen

Spätestens seit dem Abgang des ehemaligen Staatssekretärs Mark Rackles (SPD) 2019 war die Botschaft bekannt: Die milliardenschwere Schulbauoffensive ist für einen Bildungsstaatssekretär [nicht „nebenbei“ zu bewältigen](#). Das hat Rackles klar kommuniziert. Dabei hatte der stellvertretende SPD-Vorsitzende gute Drähte in die Partei, kannte die Berliner Verwaltung und hatte mit [Frank Nägele, dem SPD-Staatssekretär](#) für Verwaltungs- und Infrastrukturmodernisierung, sogar noch einen Ansprechpartner in der Senatskanzlei, der zur Not moderieren konnte.

Aus der vorangegangenen Legislaturperiode war auch noch eine weitere Lehre zu ziehen, nämlich die, dass der Bereich Schuldigitalisierung stellenmäßig aufgewertet und eng mit dem Schulbau verzahnt bleiben müsse. Stattdessen hat das SPD-Spitzenduo aus Franziska Giffey und Raed Saleh viererlei entschieden, was die Lösung der anstehenden Probleme nach Meinung von Bildungsexperten aus der Koalition erschwert: Erstens werden Schulbau und Digitalisierung getrennt, indem sich der künftige Staatssekretär Alexander Slotty um den Schulbau, sein Kollege Aziz Bozkurt (beide SPD) aber um die Digitalisierung kümmern soll. Zweitens soll Bozkurt Jugend-Staatssekretär werden, obgleich die Digitalisierung ausschließlich die Schulen betrifft.

Drittens fehlt künftig der „Ausputzer“ in der Senatskanzlei, da Nägeles Posten im bisherigen Zuschnitt entfällt. Viertens wurde dem Ressort der künftigen Bildungs-, Jugend- und Familienministerin Astrid-Sabine Busse (SPD) trotz der Aufgabenfülle kein zusätzlicher Staatssekretär genehmigt, während die Innenverwaltung und das Ressort Stadtentwicklung einen dritten Leitungsposten bekamen. Warum Giffey und Saleh diese vier Entscheidungen so und nicht anders trafen, wurde am Dienstag trotz mehrfacher Nachfragen nicht erläutert.

Kennt die Praxis: Astrid-Sabine Busse war bisher Leiterin der Grundschule in der Köllnischen Heide in Neukölln und Vorsitzende des Interessenverbandes Berliner Schulleitungen (IBS).

Dass die frisch in die SPD eingetretene neue Senatorin den Zuschnitt noch ändern kann, gilt als unwahrscheinlich, zumal es sich bei dem Personaltableau um ein fein austariertes Gesamtsystem handelt:

„Giffey und Saleh wollen jeweils ihren Einfluss sichern und treue Mitstreiter belohnen“, heißt es aus der Koalition. Hinter diesem Ziel stünden fachliche Überlegungen zurück. Als Beispiel wird Ülker Radziwill genannt, die sich immer wieder - auch [in heiklen Situationen - demonstrativ hinter Saleh gestellt habe](#) und nun einen zusätzlichen Staatssekretärsposten für „Mieterschutz“ bekommen habe.

2. Den Lehrkräftemangel bekämpfen

[Seit sieben Jahren improvisiert Berlin](#) bei den Neueinstellungen von Lehrkräften, weil es nicht genug Bewerber gibt. Da die Zahl der Schülerinnen und Schüler weiter steigt und parallel der Anteil an Pensionierungen hoch bleibt, ist ein Ende der Personalnot nicht absehbar. Zwar will die SPD die Zahl der Abwanderungen in andere Bundesländer stoppen, indem es wieder mit der Verbeamtung von Lehrkräften lockt. Allerdings hat Giffey bekannt gegeben, dass die mit der Verbeamtung einhergehenden Probleme so groß seien, dass sie erst 2023/24 umgesetzt werden könne.

Fachleute ziehen diese Darstellung in Zweifel und warnen, dass damit nicht nur die Abwanderung weitergeht, sondern auch die früher übliche Zuwanderung aus anderen Bundesländern weiter unterbleibt. Busse wäre für eine Beschleunigung auf Unterstützung aus dem Senat und den Fraktionen angewiesen. Dabei geht es etwa um die Frage, wie der Pensionsfonds ausgestattet wird und was den Lehrkräften, die nicht verbeamtet werden können oder wollen, als Kompensation angeboten wird.

Bei der Frage bekommt Busse es auch mit der mächtigen und mit der Linkspartei eng verbundenen Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) zu tun. Da GEW und Linke die Verbeamtung ablehnen, werden sie versuchen, den „Preis“ hochzutreiben, also eine hohe Kompensation durchzusetzen.

Die Begehrlichkeiten sind groß, was die SPD selbst zu verantworten hat, denn sie hat 2019 auf dem entscheidenden Parteitag beschlossen, dass Lehrkräfte, die nicht verbeamtet werden können oder wollen, vier Stunden weniger unterrichten müssen. Inzwischen ist zwar nur noch von zwei Stunden die Rede, aber auch das ist mit der Tarifgemeinschaft der Länder nicht zu machen. Eine Zwickmühle also. Dabei wäre eine Klärung überfällig, da seit Jahren unter den Neueinstellungen [nur noch 40 Prozent ausgebildete Lehrkräfte](#) sind.

3. Die Schülerleistungen verbessern

An erster Stelle müsste im Bildungsressort die Frage stehen, wie die Leistungen der Schülerinnen und Schüler besser werden können. Eine Lösung ist kaum zu finden, solange es nicht genug gute Lehrkräfte gibt. Dennoch muss sie unabhängig davon angegangen werden. Wie das geschehen könnte, ist bekannt: Bussees Vorgängerin Sandra Scheeres (SPD) hatte eine hochkarätige Expertenkommission damit beauftragt, Empfehlungen zu geben.

Dies geschah 2020, Anfang 2021 wurde auch ein [Beirat berufen](#), der Busse helfen könnte, die Weichen entsprechend zu stellen. [Hier warten gewaltige Aufgaben](#): Die Schulaufsicht muss besser werden, auch soll für die gesamte Lehreraus- und -weiterbildung ein neues Institut gegründet werden. Immerhin gäbe es aber eine Art Fahrplan, sofern Busse bereit ist, dem Beirat in ihrem Haus Gehör zu erschaffen.

4. Mehr Kitaplätze schaffen

Zu den zentralen Empfehlungen des Beirates gehörte die Stärkung der frühkindlichen Bildung. Zwar verfügt Berlin über ein vorbildliches Kita-Bildungsprogramm. Aber es gibt keine ausreichende Kontrolle, um abzusichern, dass die Kitas all das an Sprachbildung und vorschulischem Zahlen- und Mengenverständnis vermitteln, was für einen gelingenden Schulstart wichtig ist. Ebenso groß ist das Problem der fehlenden Kitaangebote: Unter Migrantenfamilien besuchen 20 Prozent der Kinder keine Kita. [Geld für den notwendigen Kitaneubau fehlt](#).